

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1966
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Hessen

„10 Thesen für ein neues Hessen“

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftensammlung, D3-120
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-393

10 Thesen für ein neues Hessen

Wichtige Mitteilungen für alle Wahlberechtigten

durchlesen und weitergeben



D3-120

Für alle Leute, denen die SPD in Hessen — nach 20 Jahren — lange genug regiert hat:

Es ist Zeit für einen Wechsel in Hessen

Nach 20 Jahren ist die SPD-Regierung festgefahren. Die meisten Gemeinden sind überschuldet. Die Schulden Frankfurts z. B. betragen allein 2 Milliarden, damit ist jeder Frankfurter Einwohner — ob Kind, ob Greis — mit DM 1987.— belastet. Die SPD-Regierung hat jahrelang eine konjunkturwidrige und preissteigernde Finanzpolitik betrieben. Das Haushaltsvolumen des Landes wurde allein von 1964 auf 1965 um mehr als 14% ausgeweitet. Damit hält Hessen unter den deutschen Ländern einen traurigen Rekord. Hier liegt eine der schwerwiegendsten Ursachen für Unbehagen und Sorge, die sich trotz hohen Lebensstandards in der Bevölkerung ausbreiten.

Für alle Leute, denen die SPD in Hessen — nach 20 Jahren — lange genug regiert hat:

Die Freien Demokraten sind die bessere Alternative

Tatkräftige und verantwortungsbewußte Fachleute in unseren Städten und Dörfern wollen mit den Freien Demokraten ein neues, ein modernes, ein gerechtes — eben ein liberales Hessen aufbauen.

Allen Leuten, denen Freiheit und Recht noch etwas bedeuten und die mit uns einen modernen und liberalen Staat wünschen, wird hier der Weg gewiesen:

10 Thesen für ein neues Hessen

1. Die Kandidaten der Freien Demokraten werden dafür sorgen, daß nicht weiterhin Genossen von Genossen „kontrolliert“ werden. Solange die SPD die absolute Mehrheit besitzt, ist der Landtag — zu unser aller Schaden — kein funktionsfähiges Kontrollorgan der Regierung, sondern nur der verlängerte Arm dieser Partei.

Wir wollen, daß die SPD die absolute Mehrheit verliert, damit sie in Hessen nicht mehr machen kann, was sie will, sondern gezwungen wird, sich an die demokratischen Grundregeln zu halten.

2. Die Kandidaten der Freien Demokraten fordern staatliche Neugliederung und eine Verwaltungsreform nach den modernen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit. Sie sind gegen die kostspielige Kleinstaaterei.

Über die Landesplanung soll eine territoriale Neugliederung in leistungsfähige Regionen erfolgen, die zu Selbstverwaltungskörperschaften ausgebaut werden, damit die veralteten und kostspieligen Regierungsbezirke verschwinden. Die Verwaltungsarbeit kleinerer Gemeinden soll unter Wahrung der Selbstverwaltung in Verwaltungssämtern zusammengefaßt werden. Der technische Verwaltungsablauf ist zu rationalisieren. Um die Stellung des Bürgers gegenüber der Verwaltung zu stärken, fordern die Freien Demokraten eine von Verwaltung, Parlament und Parteien unabhängige Stelle: einen Vertrauensmann für den Bürger (Ombudsmann nach skandinavischem Muster). Sinnvolle Reformen schaffen das Neue Hessen.

3. Die Kandidaten der Freien Demokraten setzen sich für eine unabhängige Selbstverwaltung der Gemeinden ein. Die staatliche Bevormundung und die Methode politisch gezielter Zweckzuweisungen müssen ein Ende haben. Statt dessen ist den Gemeinden durch Gesetz ein für die Erfüllung ihrer Aufgaben ausreichender Anteil an den Steuereinnahmen zu sichern, damit ihr Weg in die Verschuldung abgestoppt wird. Die hessischen Gemeinden liegen mit einer durchschnitt-

lichen Verschuldung von 779 DM je Einwohner nicht nur weit über dem Bundesdurchschnitt (502 DM je Einwohner), sondern auch mit weitem Abstand vor dem nächstfolgenden Land Rheinland/Pfalz (579 DM je Einwohner).

Um dem parteipolitischen Ämterhandel ein Ende zu setzen, fordern wir, daß die Bürgermeister von den Bürgern in direkter Wahl gewählt werden (Urwahl). Durch ihre unmittelbare Entscheidung würde die Bürgerschaft näher an das kommunale Leben herangeführt.

4. Die Freien Demokraten fordern anstelle der rücksichtslosen Vettern- und Parteibuchwirtschaft der SPD eine Personalpolitik, bei der es nur nach Fähigkeit und Leistung geht.

Durch eine scharf und politisch gelenkte Personalpolitik hat es die Sozialdemokratische Partei in 20 Jahren fertiggebracht, alle Bereiche der Staats- und Selbstverwaltung im Lande Hessen mit ihren Mitgliedern nahezu lückenlos zu durchsetzen. Daraus folgt eine politische Beeinflussung des gesamten Verwaltungsapparates, der allzu oft die Sachentscheidung zu einer politischen Entscheidung macht.

5. Die Kandidaten der Freien Demokraten wissen, daß Bildung die solideste Grundlage einer freien und sozialen Demokratie ist, daß nur Bildung in Wahrheit frei macht. Sie fordern deshalb gleiche Bildungschancen für alle.

Besonderer Förderung bedarf das Schulwesen auf dem Lande, vor allem durch Mittelpunktschulen und den Ausbau der landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen. Die Organisation des Schulwesens muß den verschiedenartigen Begabungen gerecht werden. Der Übergang zu weiterführenden Schulen muß erleichtert und der Zweite Bildungsweg weiter ausgebaut werden. Die Freien Demokraten unterstützen Schulversuche. Sie sind notwendig für den Fortschritt, dürfen aber nicht zu einer stillschweigenden Strukturveränderung führen, weil dadurch der allgemeine Schulwettbewerb in Deutschland noch vergrößert würde. Wie jedermann

weiß, lehnen die Freien Demokraten die Konfessionsschule ab. Unsere Bildungseinrichtungen sollen nicht nur Wissen vermitteln, sondern freie demokratische Staatsbürger heranbilden.

6. Die Kandidaten der Freien Demokraten meinen, daß Krankenhäuser für Hessen wichtiger sind als Dorfgemeinschaftshäuser, weil Hessen mit 6,1 Krankbetten auf 1000 Einwohner weit unter dem Bundesdurchschnitt (7,1 auf 1000) und an zweitletzter Stelle unter den Ländern liegt. Hessen liegt eben nicht vorn.

Die Freien Demokraten geben der Gesundheitspolitik und der Altenfürsorge Vorrang vor allen sozialpolitischen Maßnahmen. Sie fordern deshalb eine einheitliche Gesundheitsgesetzgebung in Bund und Ländern, eine wirksame Ausbildungsförderung für die Sozialberufe.

Der moderne Mensch lebt ungesund. Hier kann nur ein ganzes Bündel von Maßnahmen vom Kinderspielplatz über den Sport bis zum Naturschutzpark Abhilfe schaffen.

Viele Bürger in Hessen haben Angst, durch die Automation ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Die Freien Demokraten fordern deshalb eine Stiftung „Neues Hessen“, die dort Hilfen gewährt, wo sich bei der beruflichen Umstellung Schwierigkeiten ergeben. Wer die Vorteile des Fortschrittes genießt, ist aufgerufen, auch etwas gegen die nachteiligen Folgen zu tun.

7. Die Kandidaten der Freien Demokraten stellen fest, daß die Finanz- und Haushaltspolitik des Landes Hessen in den letzten Jahren konjunkturwidrig und preistreibend war. Die Freien Demokraten wollen die Erfolge der liberalen Wirtschaftspolitik sichern.

Sie fordern deshalb, daß sich die öffentliche Hand und besonders auch das Land Hessen konjunkturgerecht und wettbewerbskonform verhalten. Die nach dem Hessenplan für die Jahre 1965 bis 1967 vorgeschlagene zusätzliche Kreditaufnahme von 1,8 Milliarden steht in krassem Widerspruch zur Lage des Kapitalmarktes. Die Freien Demokraten wenden sich

gegen die Ausplünderung des Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand, weil dadurch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Sie fordern deshalb die Unterstützung der Stabilisierungsgesetze durch die hessische Landesregierung im Bundesrat.

8. Die Kandidaten der Freien Demokraten vertreten die Auffassung, daß eine leistungsfähige Landwirtschaft auch in der modernen Industriegesellschaft gebraucht wird, um die Ernährung unseres Volkes zu sichern.

Aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen halten sie leistungsfähige Familienbetriebe für die solideste Grundlage einer vernünftigen Agrarpolitik.

Der hessischen Landwirtschaft muß der Übergang zur EWG durch ein geeignetes Gesetz erleichtert werden.

Der Verkauf von Wirtschaftsflächen soll durch Prämien an die Veräußerer gefördert werden, damit angemessene Betriebsgrößen entstehen. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur sind fortzusetzen.

Die fachliche Aus- und Weiterbildung von jungen Landwirten ist nach den Grundsätzen des Zweiten Bildungsweges zu fördern.

9. Die Kandidaten der Freien Demokraten setzen sich für eine Verkehrspolitik ein, die dem Verkehrschaos auf unseren Straßen wirksam begegnet. Deshalb fordern sie:

● Die Beseitigung von Unfallschwerpunkten durch bauliche Sofortmaßnahmen und verstärkten Bau von kreuzungsfreien Verkehrsknotenpunkten.

● Den Neu-, Um- und Ausbau von Straßen mit überörtlicher Bedeutung für den Berufs- und Lokalverkehr zur Entlastung der Autobahnen und Fernverkehrsstraßen. Der Zugang zu den Arbeitsplätzen und den Stadtzentren muß erleichtert werden. Langfristige Vorausplanung der Linienführung von Ortsumgehungen und Straßenneubauten sind notwendig, damit nicht die letzten Möglichkeiten verbaut werden.

● Sinnvolle Verbesserung der Massenverkehrsmittel.

● Entlastung der Straßen durch ausreichenden Parkraum.

● Dreispurige Bundesstraßen.

● Beim Bau von Autobahnen den dreispurigen Ausbau vorsehen.

● Mehrstöckige Verkehrswege, wo Engpässe dazu zwingen.

15 000 Verkehrstote machen schnelles Handeln notwendig. Das kostet sehr viel Geld. Deshalb fordern die Freien Demokraten seit Jahren, daß die Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer in vollem Umfange dem Straßenbau zugeführt wird.

10. Die Kandidaten der Freien Demokraten lehnen die Verschwendung von Steu-

ergeldern für öffentliche Luxusbauten ab. Auch der Staat muß mit unserem Geld sparsam und wirtschaftlich umgehen, wie das die Freien Demokraten seit Jahren gefordert haben: das Notwendige zuerst, das Wünschenswerte später!

Daraus ergibt sich für die Freien Demokraten die folgende Dringlichkeitsordnung:

1. Den ersten Rang haben alle Maßnahmen, die den Menschen unmittelbar angehen: so die Förderung von Einrichtungen der Gesundheitspflege und der Krankenfürsorge, der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung.
2. An zweiter Stelle stehen die Investitionen, die für einen modernen und zweckmäßigen Ausbau unseres gesamten Bildungswesens erforderlich sind, vom Kindergarten bis zur Universität.
3. Die zur Behebung der Notstände im Straßenverkehr erforderlichen Investitionen gehören gleichfalls zu den vordringlichsten Maßnahmen in Hessen.

Die Förderung aller übrigen Investitionen durch das Land Hessen erhält einen nachgeordneten Rang.

Nur mit einer disziplinierten Finanzpolitik können wir die großen Aufgaben unserer Zeit bewältigen – können wir das Neue Hessen bauen.

Was ist die FDP?

Freiheitlich:

Die Freiheit des Menschen ist die Grundlage unseres Handelns. Wir stehen für alle Menschen in unserem Lande, die freiheitlich handeln und denken und bereit sind, die daraus folgende Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu tragen.

In der Kulturpolitik sind Geistesfreiheit und Toleranz zu stärken. Wir lehnen den Mißbrauch der Religion im politischen Tageskampf ebenso ab wie den Mißbrauch einer Parteiherrschaft in den öffentlichen Ämtern.

Wir werden die dem Gesamtwohl dienende Marktwirtschaft weiterentwickeln. Wir werden unser Volk schützen vor Machtkonzentration, vor dirigistischer Planwirtschaft und anderen sozialistischen Experimenten wie das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht außerbetrieblicher Organisationen. Um die Ernährung unseres Volkes zu sichern, werden wir die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft stärken.

Wir brauchen Staatsbürger, die Verantwortung und Pflichten für die Gemeinschaft übernehmen. Ohne sie geht unsere Freiheit wieder zugrunde.

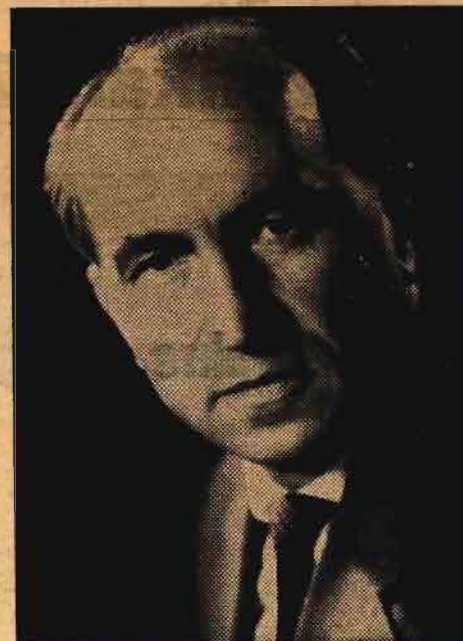
Sozial:

Unsere Sozialpolitik in Bund und Ländern soll jedem Menschen ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit und wirtschaftlicher Sicherheit garantieren. Ohne Rücksicht auf Herkunft und Besitz soll jeder nach Begabung und Leistung am gesellschaftlichen Fortschritt teilhaben. Jeder muß die Chance haben, Eigentum zu bilden. Wer unverschuldet in Not gerät, muß sich auf die Gemeinschaft voll verlassen können.

Nationalbewußt:

Kein Deutscher ist wirklich ganz frei, solange nicht ganz Deutschland frei ist. Wir fordern für unser Volk das Recht, unser gemeinsames Leben selbst zu bestimmen, wie es die anderen Völker haben.

Nationalistische Großmannssucht und wirtschaftliche Abkapselung vom Ausland werden von uns abgelehnt. Wir Deutschen sind auf das Zusammenleben mit den anderen Völkern angewiesen. Die beste nationale Politik ist eine weltoffene Politik. Unser Ziel ist ein vereinigtes Deutschland in einer europäischen Gemeinschaft.



Heinrich Kohl,
MdL, Landesvorsitzender

An die
Freie Demokratische Partei
Landesverband Hessen

6 Frankfurt
Postfach 7745

Bitte senden Sie mir Ihre Informationen über die FDP

Bitte senden Sie mir einen Aufnahmeschein für die Mitgliedschaft in der FDP

Name:

Anschrift:

Gewünschtes bitte unterstreichen.



Spitzenkandidaten für die Landtagswahl

20 Jahre sind genug!



Weckt Hessen auf mit Freien Demokraten

FDP
NEUES HESSEN

3